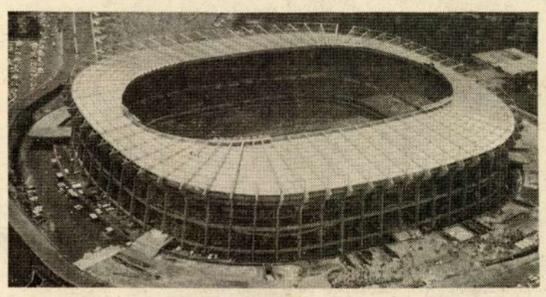


Schock für den Tabellenführer Frankfurt stoppt die Gladbacher 2:1 | **Braunschweig verliert Hannover spielt 0:0** | **Eishockey-Sensation: Augsburg - Riefjersee 7:3** | **Ski-Streik**



Was tun Männer in der Luft, wenn die Stewardess fragt: Kaffee, Tee oder Mich?
Seite 25



WM-Preisrätsel der WELT am SONNTAG Hauptgewinn: Zum Endspiel nach Mexiko
Seite 13



Hans Habe: Ich sehe rosa oder rot, wenn ich deutsche Zeitungen lese
Seite 17

Bundesliga

Schalke 04 gegen Borussia Dortmund . . . 1:1
Rotw. Oberhausen gegen Eintr. Braunschweig . . . 2:1
Hannover 96 gegen MSV Duisburg 0:0
Bayern München gegen 1. FC Kaiserslautern . . . 1:1
VfB Stuttgart gegen Alemannia Aachen . . . 5:0
1. FC Köln gegen München 1860 2:1
Bor. Mönchengladbach gegen Eintr. Frankfurt 1:2
Hamburger SV gegen Werder Bremen ausgef.
Hertha BSC gegen Rotweiß Essen ausgef.

Kanzler Brandt erklärt WELT am SONNTAG:

„Wiedervereinigung im ursprünglichen Sinn ist nicht mehr möglich“

Nachrichtendienst der WELT am SONNTAG
Hamburg, 31. Januar

„Wir müssen zur Kenntnis nehmen, daß eine Wiedervereinigung im ursprünglichen Sinn nicht mehr möglich ist.“ Das erklärte Bundeskanzler Willy Brandt WELT am SONNTAG auf die Frage: „Warum sprechen Sie nicht mehr von der Wiedervereinigung?“ Brandt: „Ich spreche von dem, worauf wir uns in einer veränderten Welt konzentrieren müssen: eine europäische Friedensordnung, in deren Rahmen Selbstbestimmung und nationale Einheit verwirklicht werden können. Und auf dem Wege dorthin: Eine gesicherte Zukunft für Berlin sowie Veränderungen zugunsten der Menschen und des Friedens trotz der Spaltung Deutschlands.“

In seiner Erklärung, deren Wortlaut WELT am SONNTAG auf Seite 2 veröffentlicht, stellt Brandt fest, als Bundeskanzler habe er die Pflicht, „seinem Volk die Wahrheit zu sagen, auch wenn sie bitter ist“. Auch die Politik seiner Vorgänger, der CDU-Bundeskanzler Adenauer, Erhard und Kiesinger, sei „keineswegs in erster Linie auf die Erreichung dieses Ziels“ der Wiedervereinigung gerichtet gewesen.

wirrung, Unsicherheit und Gefahr stiftet.“ Die schriftliche Erklärung des Bundeskanzlers zur Wiedervereinigung wurde abgefaßt, während er sich zu einer zehntägigen deutsch-französischen Konsultation in Paris aufhielt und sein intimster Berater, Staatssekretär Egon Bahr, deutsch-sowjetische Verhandlungen in Moskau führte, das von der Bundesregierung vor-

lung im Grand Palais an den Champs-Élysées anlässlich des 80. Geburtstags des aus Rußland stammenden Künstlers. Der deutsche Regierungschef, von der deutsch-französischen Übereinstimmung in Sachen Ost- und Europa-Politik offensichtlich beflügelt (Pressesprecher Rüdiger von Wechmar: „Es war wunderbar.“), fertigte in der Gesprächspause auch selbst die letzten Korrekturen an seiner Wiedervereinigungserklärung für die WELT am SONNTAG an.

Schon im Wahlkampf 1965 hatte Willy Brandt gesagt, man müsse jederzeit bereit sein, „das Undenkbare zu denken“. Nun hat er es sogar ausgesprochen.

Der Erfinder des damaligen Brandt-Wortes von undenkbar Denken, der Lehrersohn und engste Vertraute des deutschen Bundeskanzlers, Egon Bahr (47), spazierte an diesem Wochenende mit einer Persiermütze auf dem Kopf durch Moskau. Seinen ersten Bericht über eine erste Sechs-Stunden-Verhandlung mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko am Freitag über den Gewaltverzicht kabeelte Bahr seinem Kanzler nach Paris. Dort wurde er von Brandt und Pompidou gemeinsam erörtert. Die beiden Staatsmänner nahmen zur Kenntnis, was sie erwarteten: Egon Bahr, dem Erfinder der Politik der „kleinen Schritte“ nach Osten, war beim ersten Ansatz in Moskau kein großer Schritt nach vorn gelungen.



Kanzler BRANDT „Das Undenkbare denken“

Kiesinger: „Der Kanzler stiftet Gefahr“

der Aussage des deutschen Regierungschefs, daß eine Wiedervereinigung im ursprünglichen Sinn nicht mehr möglich sei, sagte Kiesinger: — „Woher will Herr Brandt das wissen? Herr Brandt ist ebenso wenig ein Prophet wie irgendeiner, aber er ist nicht irgendeiner. Vom deutschen Regierungschef muß man erwarten, daß er seine Worte sorgfältig wählt. Die Art, wie Herr Brandt immer neue Formeln erfindet, bedeutet nicht, daß er unserem Volk die Wahrheit sagt, sondern daß er Ver-

einigen Wochen den Verzicht auf jede Wiedervereinigungspolitik gefordert hatte. Zwischen zwei Gesprächen mit dem französischen Staatspräsidenten George Pompidou im Elysée-Palais am Freitag und am Sonnabend fand der braungebrannte Kanzler in strahlender Laune nicht nur Gelegenheit zum Besuch einer Chagall-Ausstel-



Staatssekretär BAH (rechts) und Botschafter ALLARDT (Mitte) in Moskau nach einem Sechsstunden-gespräch mit Sowjetaußenminister Gromyko: Kleine oder große Schritte?

Durch zwei Pockentote wachsen Unruhe und Angst im Sauerland

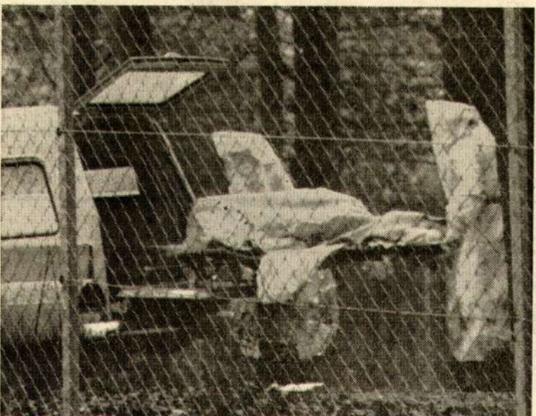
WamS Meschede, 31. Januar

Im Sauerland breiten sich die Pocken aus. Von Meschede aus sind sie in das 15 Kilometer entfernte Suttrop eingeschleppt worden. Auch die Stadt Warstein ist jetzt bedroht. Schon sind rund 200 Menschen in drei sauerländischen Quarantänestationen isoliert. Spanien und Portugal lassen ab sofort Deutsche nur noch mit gültigem Impfzeugnis einreisen.

wurden bei Klein, der schon seit Tagen im Krankenhaus lag, Pocken festgestellt. Einen Tag zuvor hatte Funke dort eine Angehörige besucht. Pocken brechen erst 14 Tage nach der Ansteckung aus. Allein Zugluft genügt, um einen Virenpulver durch Treppenhäuser und Flure zu treiben und viele zu gefährden.

sich seit Sonnabend Hunderte vor den Impfstellen sammeln.

Zu der Unruhe kommt die Angst: Etliche Mescheder Familien haben bereits ihre Koffer gepackt, um die Stadt vorübergehend zu verlassen. An einigen Tankstellen im Ruhrgebiet sollen angeblich Wagen mit Mescheder Kennzeichen nicht abgefertigt werden sein. Man spricht auch davon, daß Hotels keine Gäste aus der Pockenstadt aufnehmen wollen.



Pocken-Kranker KLEIN beim Abtransport in die Quarantäne: Er schleppete den tödlichen Virus aus Karatschi ein

Deutsche Millionäre bringen ihr Geld ins Ausland

WamS Frankfurt, 31. Januar

Die deutschen Devisenreserven sind halbiert. Seit der Aufwertung der Mark im Oktober vergangenen Jahres sind Devisen im Wert von rund 25 Milliarden Mark aus Deutschland ins Ausland abgeflossen. Davon allein etwa zwei Milliarden in Gold.

Mark. Daß heute nur noch die Hälfte da ist, hat vornehmlich drei Ursachen:

- Internationale Währungsspekulanten, die ihr Geld vor der Aufwertung nach Deutschland gegelgt hatten, ziehen es nun wieder ab, um ihre Aufwertungsgewinne einstreichen zu können.
- Deutsche und ausländische Finanziers erhalten für ihr Geld an anderen Märkten höhere Zinsen als in Deutschland. Gegenwärtig werden in der Bundesrepublik für kurzfristig ausgeliehenes Geld rund zwei Prozent Zinsen weniger als im Ausland gezahlt.
- Deutsche Millionäre stehen der Regierung des SPD-Kanzlers Brandt skeptisch gegenüber. Sie fürchten Mitbestimmung, Sozialisierungen und Erhöhung von Erbschafts- und Vermögenssteuer.

Darum legen manche Unternehmer ihr Geld ins Ausland an.

Der Devisenabfluß ist so für die Wirtschaftspolitik des Kabinetts Brandt eine der bedenklichsten Entwicklungen. Schrumpfen die deutschen Devisenreserven

Devisenschatz der Bundesrepublik halbiert

weiter, werden Bundesregierung und Bundesbank Maßnahmen ergreifen müssen. Zunächst könnte, um wieder Geld nach Deutschland zu locken, das Zinsniveau angehoben werden. Im schlimmsten Fall muß der freie Umtausch der Währungen aufgehoben werden: Devisenbewirtschaftung.

Sibirische Kälte, aber vorerst kein Neuschnee mehr

W. G. Frankfurt, 31. Januar
Von Nordosten vorrückende sibirische Kälte vertrieb am Wochenende endgültig die Hoffnungen auf ein vorzeitiges Ende des Winters. Der Deutsche Wetterdienst in Offenbach: „Die zweite Frostperiode dieses Winters mit extremen Minustemperaturen bis 20 Grad!“

Durch die Schneefälle der letzten 48 Stunden ist Skisport auf den meisten Hängen wieder möglich. Mit Neuschnee ist allerdings in den nächsten Tagen nicht mehr zu rechnen.

Studio-Verkauf perfekt

WamS Hamburg, 31. Januar
Dem Verkauf von 80 Prozent der Anteile der Studio Hamburg Ate-lierbetriebsgesellschaft mbH an den Gesellschafter Trebitsch hat der Verwaltungsrat des NDR am Sonnabend zugestimmt. Zuvor hatte der Aufsichtsrat der Norddeutschen Werbefernsehen GmbH einen entsprechenden Beschluß gefaßt. Trebitsch ist damit zurzeit Alleingesellschafter des Studio Hamburg. Er verhandelt jedoch, wie er gegenüber WELT am SONNTAG bestätigte, mit mehreren in- und ausländischen Interessenten über eine Beteiligung.

General Bayerlein †

WamS Hamburg, 31. Januar
Fritz Bayerlein, ehemaliger Generalstabschef der Panzer-Armee Afrika und seit Reichswehr-Tagen persönlicher Freund Rommels, starb am Wochenende 71jährig in einer Würzburger Klinik. Der General hatte sich in Afrika durch seine persönliche Tapferkeit vor dem Feind, später durch seinen Mut gegenüber Hitler ausgezeichnet. Bei Kriegsende ergab er sich entgegen einem Führer-Befehl mit seinem Armeekorps den Amerikanern.

Mehr Raketenabwehr

SAD Washington, 31. Januar
Die Vereinigten Staaten werden ihr Raketenabwehrsystem weiter ausbauen, um gegen einen möglichen Überraschungsangriff Rotchinas gewappnet zu sein. Dies erklärte Nixon am Wochenende in einer Pressekonferenz im Weißen Haus. Der amerikanische Präsident sagte, daß sowohl Raketenbasen als auch wichtige Bevölkerungszentren durch Abwehrsysteme geschützt werden sollten.

Köppler siegte über Lenz

dpa Bochum, 31. Januar
Der Spitzenkandidat der CDU für die nordrhein-westfälische Landtagswahl am 14. Juni heißt Heinrich Köppler. Am Sonnabend wurde er mit 86 von 120 Stimmen in Bochum gewählt. Die restlichen Stimmen erhielt sein Gegenkandidat Wilhelm Lenz.

Köppler, Jahrgang 1925, Mitglied des Bundestages, Sohn eines Oberamtsrichters im Rheingau, war nach amerikanischer Kriegsgefangenschaft zunächst Landarbeiter, dann studierte er Jura. Seit April 1968 war Köppler parlamentarischer Staatssekretär des damaligen Innenministers Benda.

Die Lottozahlen
6 — 11 — 35 — 36 — 38 — 44
Zusatzzahl: 42, Olympiazahl: 0041 (ohne Gewähr)

DIE KOMMENDE WOCHE

MONTAG: Israels zweiter Botschafter in der Bundesrepublik, Eliahu Ben-Horin, wird vom Protokoll des Bonner Außenamts in der Residenz am Rhein empfangen.

DIENSTAG: Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) wird in Düsseldorf über die Aufnahme von Kontakten mit der DDR-Gewerkschaft FDGB entscheiden.

MITTWOCH: Mit der Kasseler NPD-Schießerei, bei der kurz vor Ende des Bundestagswahlkampfes 1969 zwei junge Männer durch Pistolenschüsse verletzt worden waren, befaßt sich der Untersuchungsausschuß des hessischen Landtags in Wiesbaden.

DONERSTAG: Außenamts-Staatssekretär Georg Ferdinand Duckwitz reist nach Warschau. Er wird mit Gesprächen die erste Phase der deutsch-polnischen Verhandlungen einleiten.

Freitag: Über eine Reform der Juristenausbildung wird ein Ausschuß der Länderjustizminister in Hannover beraten. Diskussionsgrundlage ist ein Entwurf des Bundesjustizministeriums.

Sonnabend: Abschließende Beratung der „Eiferrats-Kommission“ der nordrhein-westfälischen CDU über das Programm für die Landtagswahl im Juni.

Wenn heute führende Politiker der CDU/CSU beklagen, daß ich nicht von der Wiedervereinigung spreche, so muß ich in aller Nüchternheit darauf hinweisen, daß die seinerzeit geführte Außenpolitik der Bundesregierung kei-

Der Wortlaut von Willy Brandts Antwort auf die Frage von WELT am SONNTAG: Warum sprechen Sie nicht mehr von der deutschen Wiedervereinigung?

„Ein Kanzler hat die Pflicht zur Wahrheit, auch wenn sie bitter ist“



Paris-Besucher BRANDT, Finanzminister GISCARD d'ESTAING (l.), Dolmetscherin und Premier CHABAN-DELMAS

Ich spreche von dem, worauf wir uns in einer veränderten Welt konzentrieren müssen: eine europäische Friedensordnung, in deren Rahmen Selbstbestimmung und nationale Einheit verwirklicht werden können.

Der Begriff der „Wiedervereinigung“ stammt aus der unmittelbaren Nachkriegszeit. Bis etwa in der Mitte der fünfziger Jahre schien es noch möglich zu sein, die durch die Besatzungsmächte getrennten Teile Deutschlands auf der Grundlage freier Wahlen wiederzuvereinigen.

Wenn heute führende Politiker der CDU/CSU beklagen, daß ich nicht von der Wiedervereinigung spreche, so muß ich in aller Nüchternheit darauf hinweisen, daß die seinerzeit geführte Außenpolitik der Bundesregierung kei-

neswegs in erster Linie auf die Erreichung dieses Zieles ausgerichtet war. Sozialdemokraten und andere haben in jenen Jahren vor der Illusion gewarnt, daß eine reife Frucht in den Schoß fallen würde.

Seitdem sind Jahre vergangen, und die Welt hat sich verändert. In Deutschland sind zwei Staaten mit sehr verschiedenen politischen und gesellschaftlichen Ordnungen entstanden, die sich nicht einfach wiedervereinigen lassen.

Darüber hinaus hat sich die politische Entwicklung in unserem Teil Europas von dem Denken in überwiegend nationalstaatlichen Vorstellungen entfernt. Wir bemühen uns um neue Formen der Zusammenarbeit, weil nur so Europa seiner Aufgabe in der Welt gerecht werden kann.

Niemand kann heute voraus-sagen, wann eine europäische Friedensordnung entstehen und die Spaltung Europas überwinden

Wiedergeburt des Nationalstaates alter Prägung treiben wollten. Dafür gibt es auch gar keine Ansatzpunkte.

Wir müssen jedenfalls zur Kenntnis nehmen, daß eine Wiedervereinigung im ursprünglichen Sinne nicht mehr möglich ist. Und der Bundeskanzler hat die Pflicht, seinem Volk die Wahrheit zu sagen, auch wenn sie bitter ist.

Dies heißt nun nicht, daß wir auf das Recht unseres Volkes verzichten könnten oder wollten, frei über sein eigenes Schicksal zu entscheiden. Nach Lage der Dinge kann ein solches Recht aber nur in einer europäischen Friedensordnung verwirklicht werden, weil nur dann die Weltmächte und die anderen europäischen Länder bereit sein werden, ihre Interessen mit unseren auf einen Nenner zu bringen.

Niemand kann heute voraus-sagen, wann eine europäische Friedensordnung entstehen und die Spaltung Europas überwinden

wird. Die Bundesregierung bemüht sich darum, den Weg dorthin zu ebnen. Dem dienen auch die Gespräche, die zurzeit mit der Sowjetunion geführt und mit der polnischen Regierung in den nächsten Tagen beginnen werden.

Gleichzeitig kommt es darauf an, die Beziehungen zwischen den beiden Staaten in Deutschland und damit auch zwischen den Menschen, die in diesen Staaten leben, zu verbessern. Deshalb haben wir der Regierung in Ost-Berlin Verhandlungen auf der Grundlage der Gleichberechtigung angeboten. Wir hoffen, daß es eines Tages zu solchen Verhandlungen kommt, die sicher nicht einfach sein werden.

Mit einer Politik, die sich auf veraltete Parolen und Vorstellungen stützt, ist keine Besserung zu erreichen.

Ich habe keine Illusionen, aber ich bin davon überzeugt, daß wir uns beharrlich um das bemühen müssen, was unseres Volkes wegen heute notwendig und möglich ist.

GEHORT NOTIERT

Einen langersehnten Wunsch erfüllt nach 14 Ehejahren FÜRST RAINIER (46) seiner Fürstin GRACIA PATRICIA geb. Grace Kelly aus Philadelphia. Wie einst die Pioniere im Planwagen durch den Wilden Westen zogen, wird das Paar mit seinen drei Kindern im Frühjahr Nordamerika bereisen.

Der rollende Stein ist gestoppt: MICK JAGGER (25), Chef der englischen Pop-Gruppe „Rolling Stones“, wurde von einem Londoner Gericht wegen unerlaubten Besitzes von Rauschgift zu



Hasch-Raucher JAGGER: Rollender Stein gestoppt

Während eines Berlin-Fluges mit der Pan Am öffnete RICHARD STÜCKLEN (56), Chef der CSU-Landesgruppe im Bundestag, eine Plastikfolie. Darin wählte er ein Erfrischungstüchlein; darin war Milchpulver und zwang im Nu das korrekte Grau des Politiker-Anzuges 'raus und Milchweiß hinein.

Seine brav gekleidete Mutter hätte für sich selbst einen vergleichbaren Erfolg niemals zu erträumen gewagt. Von der Fashion Foundation of Ame-

1760 Mark Geldstrafe verurteilt. Zwei Polizeibeamte eskortierten das Teenageridol. 1967 war Jagger erstmals in einen Rauschgiftprozeß verwickelt gewesen. Damals wurde er freigesprochen. Der Stone zu dem jüngsten Urteil: „Die Polizei hat Haschisch in meine Wohnung gebracht, um mich überführen zu können.“

Er ist der edelste Heinrich V., der schurkigste Richard III. und der erbarmungswürdigste Othello. Trotzdem sagt SIR LAURENCE OLIVIER (62): „Ich kann diesen idiotischen, kindischen Beruf manchmal nicht mehr ertragen.“ Englands größter Schauspieler, Regisseur und Direktor des Old Vic zog bei einem Interview ungewöhnliche Bilanz: „Othello ist meine anstrengendste Rolle. Zweieinhalb Stunden brauche ich für das Make-up, dreieinhalb Stunden für die Vorstellung und eine Stunde fürs Abschminken. Insgesamt sieben Stunden — fast eine Karriere!“



Briten-Prinz CHARLES: Modischer als Mutter

rica wurde der britische Thronfolger PRINZ CHARLES (21) zum bestgekleideten Mann der internationalen High-Society gewählt.

Vor zehn Jahren versprach Chruschtschow seinen Landsleuten, 1970 werde die Sowjetunion den Wohlstand Amerikas übertreffen - es wurde nichts daraus

Für 1000 Russen nur vier Autos

Moskau, 31. Januar

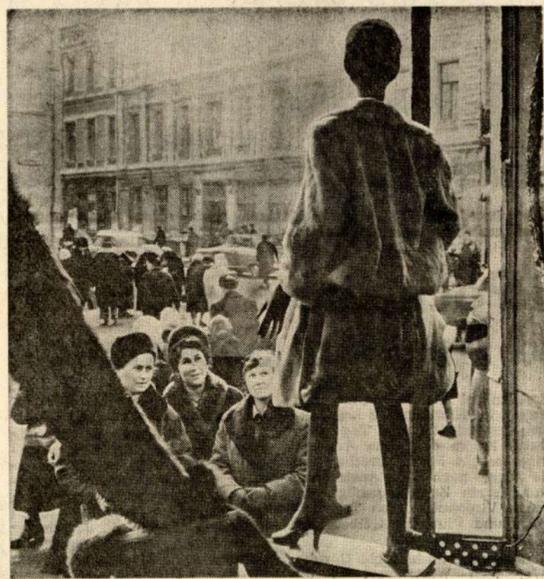
Hätte Nikita Chruschtschow richtig prophezeit, müßte jetzt für die Sowjetmenschen das Jahr beginnen, in dem sie die Amerikaner an Wohlstand übertreffen. Aber die sowjetischen Käufer finden heute wenige Eier und wenig Mehl in den Läden. Und sie müssen es in zwei, drei Geschäften versuchen, ehe sie eine elektrische Birne bekommen.

Moskaus Wirtschaftsführer verheimlichen nicht, daß sie zurückgefallen sind; nicht nur hinter Chruschtschows utopische Ziele für 1970, sondern auch hinter bescheidenere, die sie sich erst vor drei Jahren selbst gestellt hatten.

Zu Chruschtschows Zeiten wurde für 1970 ein Ausstoß von mehr als einer Billion Kilowattstunden elektrischen Stroms vorausgesagt. Später reduzierte man das Soll auf 850 Milliarden und jetzt gar auf 740 Milliarden.

Auch die Leistung je Arbeitsstunde sollte laut Chruschtschow die der USA übertreffen. Sie steht indessen heute noch bei nur 43 Prozent der US-Arbeitsproduktivität. Auf das oft versprochene Autowunder warteten die Menschen bislang vergebens: Für 1000 Sowjetbürger stehen nur vier Wagen zur Verfügung; in den USA sind es 360.

Diese enttäuschenden Tatsachen haben unter den Sowjets eine lebhafteste Debatte darüber ausgelöst, ob jene Reformen richtig gewesen seien, die 1965 eingeführt wurden, um wirtschaftlichen Fortschritt zu bringen. Diese Reformen sollten die kom-



MOSKAUERINNEN vor einem Schaufenster: Für eine Glühbirne läuft eine Hausfrau in drei Geschäfte

munistische Planwirtschaft zuzugunsten einer auf Rentabilität ausgerichteten Wirtschaftsstruktur auflockern.

Parteichef Breschnew sieht daher heute seine Vorbehalte gegenüber einer „liberaleren“ Wirtschaft bestätigt. Erst jüngst spiegelte die „Prawda“ seine äußerst kritischen Ansichten wider: Sie gab zu, die Sowjet-

wirtschaft sei wegen weitverbreiteter Verschwendungssucht, bürokratischer Fehlleistungen, bockiger und fauler Arbeiter in ernststen Schwierigkeiten.

Allerdings waren für die kommunistische Wirtschaft die Reformen von 1965 radikal. Neben dem Gewinnstreben erhielten die Manager mehr Entscheidungsfreiheit über die Produktion.

Überdies konnten sie mit Käufern und Lieferanten direkt Verträge schließen, was bisher verboten war.

In der Praxis wurde dadurch mehr Verwirrung als Flexibilität erreicht. Ein Hauptgrund dafür ist, daß die zuständigen Ministerien nur zögernd ihre Befugnisse abgaben.

So hatte 1966 im ersten Ansturm der Reform die Diesel-Fabrik „Revolutionsmaschine“ zu Gorki ihre Produkte von 18 auf vier gesenkt. Die Manager glaubten, sie könnten am besten hergestellt werden. 1968 mußte die Zahl wieder auf 23 erhöht werden — auf Befehl des Ministeriums für Schwer-, Kraft- und Transportmaschinenbau.

Auch auf andere, weniger auffällige Art kollidieren die Ziele der Reform mit der Zentralplanung. So hat die Forderung nach Profit einige Fabriken veranlaßt, Produkte herzustellen, die viel einbringen, aber schon reichlich vorhanden sind. Viele Hersteller bauen Werkzeugmaschinen und Elektromotoren, die größer sind, als die Kunden sie brauchen. Denn: je größer, desto höher Preis und Gewinn.

Wie ein roter Faden zieht sich durch die Diskussion über die Wirtschaftsreform ein zwar nicht genanntes, aber dennoch zentrales Thema: Liberalisierung der Wirtschaft könnte zu politischer Ketzerei führen.

Nach Meinung westlicher Experten steht den Sowjetführern die Beziehung zwischen Wirtschaftsreform und dem Verfall der Kontrolle der tschechischen KP im Jahre 1968 als Schreckgespenst vor Augen, wenn sie darüber nachdenken, wie weit sie selbst mit wirtschaftlichen Reformen gehen können.

CHARLES BLACKER

Verkehrsrichter debattierten in Goslar über einen wirkungsvolleren Kampf gegen Trunkenheit am Steuer

Haft nach Feierabend

Goslar, 31. Januar

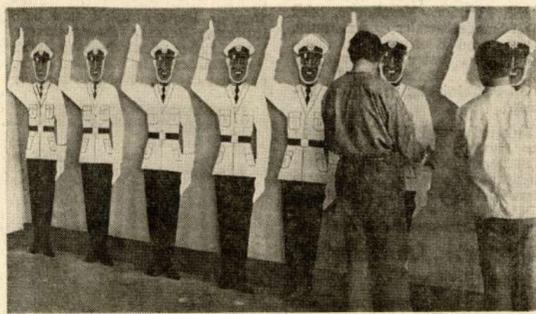
Autofahren unter Alkohol ist zwar kriminell. Die Fahrer, die das tun, sind aber in aller Regel keine Kriminellen. Vor diesem Dilemma stehen Verkehrsrichter und Strafvollzugsbeamte täglich, wenn sie Verkehrsstrafen bemessen und vollstrecken sollen.

Der Gesetzgeber hat es mit dem am 1. April 1970 in Kraft tretenden Strafrechtsreformgesetz eher noch vergrößert. Danach sollen Freiheitsstrafen unter sechs Monaten nur noch in Ausnahmefällen verhängt werden.

Unter den Teilnehmern des 8. Deutschen Verkehrsgerichtstages in Goslar kam es am Wochenende zu heftigen Debatten darüber, ob das neue Gesetz überhaupt noch eine wirkungsvolle Bekämpfung der schweren Verkehrskriminalität, insbesondere Alkoholdelikt, ermöglichen würde.

Die „Falken“ unter den Verkehrsrichtern klagten über den weltfremden Bundestag und seine „weiche Welle“. Die „Tauben“ hingegen fanden ihre Erfahrung bestätigt, daß massive Geldstrafen eine wirksamere Abschreckung darstellen als die „Knaus mit Absicht“ für Menschen, die keine Resozialisierung brauchen.

Der Leiter der Strafvollzugsabteilung bei der Hamburger Justizbehörde, Senatsdirektor Groothoff, bezweifelte, ob die Vollstreckung einer Freiheitsstrafe überhaupt geeignet sei, einen Verkehrsübertreter zu Selbstdisziplin und Rücksichtnahme im Straßenverkehr anzuhelfen. Schließlich könne man den Delin-



Hamburger HÄFTLINGS bei der Herstellung von Verkehrspolizisten aus Papp: Tagsüber im Büro, abends hinter Gitter

quenten nicht fortwährend mit Maßnahmen praktischer Verkehrserziehung „berieseln“.

Die „trinkfreudigen Berufe“ — Groothoff sagte nicht, welche er dazu zählt — ließen sich ohnehin kaum durch pädagogische Mittel vom Alkohol fernhalten. Er machte deshalb einen interessanten Vorschlag: Wenn schon ein gewisser Teil gesperrt werden müsse, dann sollten sie ihre Strafe nach Feierabend und am Wochenende absitzen und tagsüber weiter ihrem Beruf nachgehen. Das Modell sollte erprobt werden. Der Feierabend-Vollzug hätte vermutlich mehr als alle bisherigen Vollstreckungsversuche die erwünschte Schockwirkung: Wenn der Sünder vier Wochen lang nach Büroschluß ins nächstgelegene Gefängnis reisen muß, wird die Erinnerung an den Knast lange haften bleiben.

CURT REUTER

Kasper

Die Welt brauchte einen Clausewitz der Friedensstrategie. Denn Frieden muß „geführt“ werden wie der Krieg. Frieden ist kein Stillhalteabkommen, irgendeinen zufälligen Status quo gewalttätiger Geschichte zu zementieren. Frieden ist Aktion, eine Aktion, um die Geschichte in ihrer permanenten Veränderung unter die Kontrolle der Gewaltlosigkeit zu bringen. — Prinz Eugen hat als alter Mann gesagt: „Wenn die Fürsten nur halb so viel Geschick und Mannesmut aufbrächten, den Frieden nicht zu verlieren, wie die Soldaten nachher aufbringen sollen, den Krieg zu gewinnen, dann käme das große Hin und Her der Historie endlich einmal den Völkern zugute und nicht nur den Fürsten.“

Millionen Raucher in aller Welt geben Ihnen diesen Tip: Tip...Tip...Tiparillo. In 78 Ländern der Erde hat man sich für diesen hellen, leichten Tabak entschieden. 5 Stück DM 1,-